

Protokoll der Ausschusssitzung für Sozial-, Sport-, Kindergärten- und Schulangelegenheiten am 18.03.2015, 20 Uhr in der Pizzeria am Markt

Tagesordnung:

- Punkt 1: Genehmigung der Tagesordnung
Punkt 2: Genehmigung des Protokolls aus der gemeinsamen Sitzung vom 04.11.14
Punkt 3: Sachstandsbericht Seniorenbeirat
Punkt 4: Sachstandsbericht Flüchtlinge
Punkt 5: Kindertagesstätten
a) Belegung
b) Personal
c) Gebühren
Punkt 6: Entwicklungsprojekte
a) Soziale Stadt
b) Zufahrt Rauher Berg, Gelnhaar
c) E-Mobilität-Reform
Punkt 7: Mitteilungen und Anfragen

Sitzungsleitung: Henrike Strauch

Protokoll: Lars Wagner

Anwesenheit: Siehe Liste im Anhang

Punkt 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende des Ausschusses Henrike Strauch begrüßte die anwesenden Mitglieder des Ausschusses, insbesondere das neue Ausschussmitglied Martin Hansche für die Fraktion der CDU, die Stadtverordnetenvorsteherin Arendt-Söhngen, Bürgermeisterin Pfeiffer-Pantring, Stadtrat Kirchhoff sowie die Vertreter des Gesamtelternbeirats.

Es wurde zu Beginn der Sitzung festgehalten, dass es sinnvoll sei, die Terminierung der Sitzungen der Ausschüsse bereits bei der Jahresplanung am Anfang eines Jahres vorzunehmen.

Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

Punkt 2: Genehmigung des Protokolls aus der gemeinsamen Sitzung vom 04.11.14

Das Protokoll aus der gemeinsamen Sitzungen mit dem Haupt- und Finanzausschuss vom 04.11.14 wurde bei 4 Enthaltungen genehmigt.

Punkt 3: Sachstandsbericht Seniorenbeirat

Die Seniorenbeiratsvorsitzende Renate Klingelhöfer informierte über die Arbeit des Seniorenbeirats der Stadt Ortenberg. Der Bericht gilt für den Zeitraum seit der 1. Wahl im Juni 2012. Der Seniorenbeirat tagt in eigenen Sitzungen, nimmt an Veranstaltungen der Landesseniorenvertretung Hessen teil und führt eigene Veranstaltungen im Stadtgebiet aus. Frau Klingelhöfer ist der Meinung, dass der Seniorenbeirat seit seiner Gründung sehr aktiv für die Senioren und körperlich beeinträchtigten in Ortenberg unterwegs ist. Von Seiten der Mitglieder des Seniorenbeirats wird sich

regelmäßig an städtischen Projekten und Sitzungen der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung beteiligt. Frau Klingelhöfer, Herr Richter und Herr Ohrtmann beteiligen sich darüber hinaus immer wieder an Aktionen und Veranstaltungen der Landesseniorenvertretung Hessen.

Auch bei Entwicklungsthemen, wie einem zu schaffenden Radweg zwischen Bergheim und Bleichenbach setzt sich der Seniorenbeirat Ortenberg aktiv für die Bürger ein.

Darüber hinaus werde auch das Ziel verfolgt, eine Vernetzung von Informationen und Diensten für Senioren in Ortenberg zu erreichen und lokale Angebote für diese Personengruppe öffentlich zu machen. Insgesamt zieht die Vorsitzende des Seniorenbeirats ein positives Resümee über die bisherige Arbeit.

Die Bürgermeisterin lobte die Lebhaftigkeit des Gremiums und die Vielfältigkeit der dortigen Akteure. Sie sei froh, die Entscheidung zur Gründung des Gremiums damals unterstützt zu haben. Der Mehrwert durch dieses Gremium sei für sie als Verwaltungsleitung deutlich spürbar.

Punkt 4: Sachstandsbericht Flüchtlinge

Zu diesem Punkt erteilte die Ausschussvorsitzende zunächst Herrn Wagner von der Verwaltung das Wort. Dieser erläuterte nochmal kurz den vorliegenden schriftlichen Sachstandsbericht. Die Vorsitzende gab ebenfalls noch mal einen Einblick in die Arbeit des Unterstützerkreises, an dem sie regelmäßig teilnehme. Hier sei ein besonderer Punkt, dass durch die nicht ausreichende Sozialarbeit, kleine Alltagsprobleme der Flüchtlinge und Ehrenamtler oftmals ungelöst bleiben und hierdurch ein gewisses Maß an Frustration entstehe. Sie äußerte aber auch Verständnis für die Sozialarbeiter und die Mitarbeiter der Kreisverwaltung, da sie selbst sehe, dass diese Stellen personell stark unterbesetzt sind.

Die Bürgermeisterin lobte die großartige Arbeit aller Beteiligten in diesem Bereich. Sie übte aber auch Kritik an der Aufgabenabwälzung an die Kommunen und das Ehrenamt. Es handelt sich hierbei um eine neue Aufgabe, die nicht ausreichend finanziert ist. Die Bürgermeisterin zog den Vergleich mit den 90er Jahren, wo rund 300 Flüchtlinge in Ortenberg untergebracht waren. Allerdings war es damals nicht Aufgabe der Stadt Ortenberg sondern der Landkreise und Mittelbehörden, welche über entsprechende Fachkräfte verfügten die Unterbringung der Flüchtlinge sicherzustellen. Sie sieht in der derzeitigen Situation einen ungelösten Konflikt, der nach Ihrer Auffassung irgendwann eskalieren wird. Im Allgemeinen bestehe nach ihrer Auffassung die Gefahr, dass die Verwaltung auf Grund immer weiterer neuer Aufgaben, die originären Aufgaben der Stadt Ortenberg, nach den Regeln der HGO, vernachlässigen muss. Die Aufgabenerfüllung wird ihrer Meinung zu Unrecht an die Gemeinden abgegeben. Dies stehe in einen landesweiten Zielkonflikt mit der Haushaltskonsolidierungen und der bevorstehenden Schuldenbremse. Die Bürgermeisterin sieht einen Handlungsbedarf von Seiten der Ministerien und der Landesregierung, damit der ländliche Raum in Zukunft noch lebenswert bleibt.

Auf Nachfrage aus dem Publikum wurde eine Frage zu Arbeitsmöglichkeiten der Flüchtlinge durch Frau Strauch und Herrn Wagner erläutert. Die Schwierigkeit zwischen Integration und Problemen der Beschäftigung von Flüchtlingen wurde dadurch verdeutlicht.

Punkt 5: Kindertagesstätten

a) Belegung

Die Vorsitzende räumte ein, dass die Sitzungsunterlagen zu diesem Punkt leider nicht im Voraus mit den restlichen Sitzungsunterlagen übersandt werden konnten. Dies wurde durch die Ausschussmitglieder bemängelt. Die Beratungsunterlagen wurden in der Sitzung ausgeteilt. Frau Strauch erläuterte einige der Unterlagen kurz. Die Belegungsprognose zeige deutlich, dass die

Kindertagesstätten der Stadt Ortenberg weiterhin voll sind und daher mit Wartelisten gearbeitet werden muss.

b) Personal

Besonders auf die Problemstellung der Umstellung der Personalbedarfsplanung nach MVO 2009 auf die neuen Regelungen des KiFöG wurde eingegangen. Daraus resultiert eine Verschiebung des Personalbedarfs in manchen Einrichtungen ab dem 01.09.2015. Es bleibe zu klären, ob man sich strikt an die Regeln des KiFöG halten wolle oder zum Wohle der Kinder und des Personals Erzieherinnen über Bedarf behalte.

Von Seiten der Bürgermeisterin wurde kritisiert, dass das KiFöG nur für zentralisierte Kommunen ausgelegt sei. Die Anwendbarkeit in dezentralen Einrichtungen, wie in Ortenberg scheitere in der Praxis. Man habe bei dezentralen Strukturen nicht die Möglichkeit Personalausfälle so einfach zu kompensieren, wie dies das KiFöG darstelle. Sie sei nicht bereit, durch eine zu starre Auslegung der Regeln, die Sicherheit der Kinder und ihrer Mitarbeiterinnen zu gefährden. Des Weiteren ist es schwierig gute Fachkräfte auf dem Markt zu bekommen, da der Ballungsraum meist über Tarif zahlt und hier die Fachkräfte weglockt. Dadurch resultiere, dass man auf Grund des Arbeitsmarktes gar nicht in der Lage sei, kurzfristig Personal zu akquirieren.

Des Weiteren gäbe es noch das Problem in der Kostenanforderung aus § 28 HKJGB von anderen Kommunen und den teilweise hieraus resultierenden Klagen zwischen kreisangehörigen Kommunen.

Besonders in den letzten Wochen hat zu all diesen strukturellen Problemen auch ein hoher Krankenstand, auch in den Reihen der Leitungen, zu einer starken personellen Unterbesetzung in den Einrichtungen geführt. Sie bat hierfür um Verständnis.

Durch den Elternbeirat der Toga wurde auch gebeten, sich bei dem Personal der Einrichtung, die mit am meisten in den letzten Wochen belastet waren, zu entschuldigen und um Verständnis zu bitten, dass die personelle Situation nicht kurzfristig verbessert werden konnte. Im Elternbeirat wurde festgestellt, dass die Qualität der Arbeit in den Einrichtungen durch die schwache Besetzung in den Einrichtungen leide. Selbst die Kinder würden dies schon mitbekommen. Auch durch den Gesamtelternbeiratsvorsitzenden Herrn Kolbe wurde die schwierige Zeit in den Einrichtungen in den letzten Wochen angesprochen.

Frau Strauch wies noch darauf hin, dass der Vertrag mit der FAB im Bürgerhauskindergarten zum Ende des Kindergartenjahres ausläuft. Die Stadt Ortenberg werde die Erzieherinnen ab dem 01.09.2015 übernehmen und den Betrieb der Einrichtung aufrechterhalten. Hier sind neue Stellen im Stellenplan 2015/2016 zu schaffen.

c) Gebühren

Laut der Bürgermeisterin prüft die Verwaltung derzeit eine Neu-/ Weiterentwicklung des Gebührensystems im KIGA- Bereich. Sie plädiert dafür die Vormittagsbetreuung weiterhin bezahlbar zu halten, dafür aber Randzeiten, in denen ein Anstieg der variablen Platzkosten, durch eine geringere Auslastung erfolgt, weiter zu erhöhen. Ohne zusätzliche Gebühreneinnahmen könne kein Ausbau der Personaldecke erfolgen.

Herr Kolbe sprach sich zum Thema Gebühren für die Einstellung eines Springers aus, der die Situation, wenn auch nicht global, etwas entspannen würde. Dies würde seines Erachtens auch eine Erhöhung der Gebühren in begrenztem Maße rechtfertigen, wobei die Elternbeiräte dies noch im Detail prüfen wollen.

Sobald zum Thema Gebühren etwas Konkretes vorliege, wird die Verwaltung hierüber informieren.

Punkt 6: Entwicklungsprojekte

a) Soziale Stadt.

Bürgermeisterin Pfeiffer-Pantring informiert über das Programm Soziale Stadt. Die Verwaltung prüft derzeit ob hierin eine Entwicklungschance für die Stadt Ortenberg gesehen werden kann. Es bestehe vielleicht die Möglichkeit innerhalb dieses Programms einige Projekte der Stadt Ortenberg noch vor Inkrafttreten der Schuldenbremse abzuarbeiten. Hierbei nannte sie exemplarisch das Bürgerhaus in Gelnhaar und den Schulstandort Konradsdorf.

b) Zufahrt Rauher Berg Gelnhaar.

Laut der Bürgermeisterin befindet man sich derzeit in enger Abstimmung mit Ministerium und Hessen Mobil zum Ausbau der Straße zum Rauhen Berg, von Usenborn kommend. Hier werden Fördermittel des Landes erwartet. Auch die Bushaltestelle soll im Zuge dieser Maßnahme mit einem Unterstand verbessert werden. Die Maßnahme soll dabei kostenneutral für den städtischen Haushalt sein, da auch die Geschäftsführung der Einrichtung eine Beteiligung an den Kosten zugesagt hat.

In diesem Zuge weist die Bürgermeisterin auf die Prämierung Feuerwehr des Monats Februar 2015 durch das Innenministerium hin. Hier wurde ein Konzept der Brandschutzerziehung in Behinderteneinrichtungen der Feuerwehren Ortenberg und Büdingen in Kooperation gewürdigt.

Außerdem will der Rauhe Berg ein Anbau von Gemüse, etc. an seinem Gelände erweitern und dies auch weiterverarbeiten und anbieten. Hier könne auch ein Konkurrenzangebot zum Mittagessen der FAB in den Kindertageseinrichtungen geschaffen werden. Es gibt hierzu verschiedene Arbeitsgruppen die dies abprüfen. Auch die Elternbeiräte werden hier noch beteiligt werden. Hier bestehe die Chance eine lokale Wertschöpfung zu generieren. Durch den Rauhen Berg erfolgt bereits eine Belieferung des Montessori Kinderhauses in Bergheim. Dieses Projekt steckt aber zum heutigen Tag noch in den ersten Schritten.

c) E-Mobilität-Reform.

Die Bürgermeisterin weist auf Tätigkeiten des Verein Oberhessen zum Thema E-Mobilität hin. Derzeit gäbe es noch offene Fragen bzgl. der Finanzierung und der Ausgestaltung eines Carsharing-Modells für zweite und dritte Fahrzeuge in den Haushalten. Auch Senioren sollen für Carsharing begeistert werden. Weitere Fragenstellungen kämen durch die Planung des Ausbaus von Stromtankstellen im Stadtgebiet und der Region. Derzeit werden durch die Arbeitsgruppe Förderprogramme für eine Anschubfinanzierung gesucht. Die Stadt Ortenberg hat ein Interesse die Mobilität ihrer Bürger auf lange Sicht hin, auch bezahlbar, sicherzustellen.

Punkt 7: Mitteilungen und Anfragen

Bürgermeisterin Pfeiffer-Pantring weist auf den Welt-Down-Syndrom-Tag am kommenden Samstag bei Your-Place in der Philipp-Glenz-Straße hin. Hier soll mit anderen Akteuren ein Aktionstag zu diesem Thema stattfinden. Aktionsfläche seien der Carl-Fries-Platz und die Philipp-Glenz-Straße.

Weitere Mitteilungen und Anfragen lagen nicht vor.

Die Ausschussvorsitzende Henrike Strauch schloss die Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Henrike Strauch

Ausschussvorsitzende

Lars Wagner

Schriftführer